

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Herausgeber: Reichsdruckerei Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14074.  
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokontor Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile über deren Raum 25 Pf., die  
66 mm breite Grundzeile über deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Eins-  
gebandt 1 RM. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennotizen und Stellen-  
suche. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Handtags-Blätter, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: J. V.: Dr. Erich Klauber in Dresden.

Nr. 131

Dresden, Donnerstag, 7. Juni

1928

## Steinwürfe auf die Berliner italienische Botschaft.

Berlin, 7. Juni.

Gestern wurden im Hause der italienischen Botschaft in der Borsigstraße von unbekannten Personen, die in einem Auto vorfahren, fünf Fensterbrettern eingeschossen. Schuß für die Botschaft und das Konkurs ist sofort gesetzt worden. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet.

Die Ermittlungen ergaben bisher folgendes: gegen 1/22 Uhr kam ein Privatfahrzeug, in dem sechs bis sieben junge Männer von südostasiatischem Typus waren, vom Tiergarten her und fuhr vor dem Botschaftsgebäude. Um selben Augenblick sprangen die Insassen des Autos heraus und wiesen ungeheure Steine gegen die Fenster des Botschaftsgebäudes, worauf das Auto davonfuhr. Nach der Beladung eines Passanten soll sich auch eine Gruppe von fremdländischen Zugängern, ähnlich mit grünen Hemden bekleidet, an den Siedlungsbauten beteiligt haben. Auch die Zugänger entfernten sich eilig in der Richtung nach dem Tierpark, so daß die inzwischen berichtete Polizei keine Feststellungen treffen konnte. Insgesamt wurden fünf Fensterbrettern zerstört.

## Der Reichswirtschaftsrat und die Novelle zum gewerblichen Rechtsschutz.

Berlin, 7. Juni.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat gestern die Novelle zu dem Gesetz über gewerblichen Rechtsschutz im Prinzip angenommen, hat aber einzelne Abänderungsvorschläge gemacht, u. a. soll wenn die Errichtung in einem Betriebe gemacht und auf bestimmte Personen als Erfinder nicht zurückzuführen ist, derjenige als Erfinder angesehen werden, für dessen Rechtsschutz der Betriebsverwalter wird. Weitere Abänderungsvorschläge beziehen sich auf das Verfahren vor dem Patentamt. Auf Beifügung einer Abteilung oder auf Antrag einer Partei soll bei der Beschlussfassung ein der Patentabteilung angehörendes rechtskundiges Mitglied mitwirken. Ferner wurde die Schaffung einer dritten Instanz im Erteilungsverfahren und deren Angliederung an das Reichsgericht beschlossen. Einstimmig angenommen wurden Entschließungen, wonach dem Reichspatentamt die Stellung einer oberen Reichsbehörde eingeräumt werden soll. Patentämter sollen zur Vertretung in allen Streitigkeiten über gewerbliche Rechtsschutzzagen zugelassen werden. Die Gebühren sollen wie jetzt bemessen werden: Bei Anmeldung zum Erteilungsverfahren 15 M., nach dem ersten Vorbescheid 10 M. Die Jahresgebühren sollen betragen: für das 1. bis 6. Jahr 20 M., für das 7. bis 12. Jahr 50 M. und für das 13. bis 18. Jahr 100 M. Für das Einpruchverfahren sollen 20 M. Gebühren erhoben werden. Für den Gebrauchsmusterschutz für jedes Jahr der Schutz ist 10 M. Sofern die Kosten des Patentamtes durch diese Gebühren nicht voll gedeckt werden, sollen die Gebührensätze entsprechend erhöht werden.

## Der Kongress der Fédération Internationale des Journalistes.

Köln, 7. Juni.

Der geistige zweite Verhandlungstag wurde mit einem Bericht über die Propagandatätigkeit der F. I. J. eröffnet. Von europäischen Ländern sieht der Eintritt Ungarns bevor, so daß zur noch Portugal hinzukommt. Die Propaganda setzt sich jetzt hauptsächlich auf den Bericht der ausgebauten Organisationen Nordamerikas. Einen weiteren Punkt bildet die Frage einer Untersuchung über die soziale Lage und die Arbeitsbedingungen sowie den Arbeitsvertrag des Journalisten. Hierzu berichtete Richter, Berlin, für Deutschland, daß das Durchschnittsgehalt des deutschen Redakteurs (allerdings einschließlich der oft hohen Bezüge vieler Chefredakteure) 600 M. monatlich beträgt. 63 Proz. der deutschen Journalisten hätten Universitätsbildung, 22 Proz. höhere und 15 Proz. Volksschulbildung.

In den Nachmittagsverhandlungen der F. I. J. wurde ein Bericht des Generalsekretärs entgegenommen, der sich mit dem Verhältnis der F. I. J. zur Volksbundskommission für geistige Zusammenarbeit beschäftigt, und ein weiterer, der die Gemeinschaftsarbeit mit der Internationalen Union der Presseverbände betrifft. Hierauf folgte der Bericht über die finanzielle Lage der Fédération. Der Bericht des Vorsitzenden der Internationalen Pressekommission, Dr. Hänischel, stellt mit Genugtuung fest, daß nunmehr das Interesse aller Staaten, die ein solches besitzen, von der Kommission

## Vor der Klärung der innerpolitischen Lage. Die Sozialdemokratie übernimmt die Führung bei der Regierungsbildung.

Köln, 7. Juni.

Der sozialdemokratische Parteiausschluß, der gestern in Köln tagte, sah nach mehrständiger Beratung folgenden Beschluss: „In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bestanden, daß die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschluß erklärt sich damit einverstanden, daß sich der preußische Ministerpräsident Braun doch noch bereitfinden würde, sein bisheriges Amt mit dem Reichslandesamt zu verbinden. Braun hat aber, wie wir erfahren, in einer nochmaligen Besprechung der sozialdemokratischen Führer gestern endgültig abgelehnt. Ta auch der frühere preußische Justizminister Seizingers Amt des Reichsinnenministers dem Reichslandesamt vorzieht, wird der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes übrigbleiben, als der Kandidatur Müller-Franzen ihre Zustimmung zu geben. Man rechnet damit, daß eine Einigung zwischen den Sozialdemokraten und den Parteien der bürgerlichen Mitte bis zum 12. Juny zustande kommen wird. Für die Befreiung der wichtigsten Reichsämter werden jetzt folgende Namen genannt: Reichskanzler Müller-Franzen, Reichsinnenminister Seizinger, Außenminister Stresemann, Reichswirtschaftsminister Groener. Die Sozialdemokraten verlangen außerdem noch zwei weitere Ministerämter. Schreiter leistet die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Demokraten über das Portefeuille des Reichsfinanzministers abzugehen. Die Demokraten haben für diesen Posten den früheren Reichsfinanzminister Reinhold vorgesehen. Die Sozialdemokraten wünschen aber dieses Amt mit ihrem Finanzministern Hilferding zu besetzen. Für die Stelle des Reichswirtschaftsministers dürfte auch weiterhin Dr. Curtius im Betracht kommen, obwohl die Sozialdemokratie auch hier einen Gegenkandidaten in der Person des Vorsitzenden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Leipzig vorgesehen hat. Sie läßt aber auf dieser Kandidatur nicht weiter bestehen. Dagegen verlangen die Sozialdemokraten energetisch das Justizministerium für sich, für das der Abgeordnete Reichslandesamt Vandenberg in Aussicht genommen ist. Das Reichsverkehrsministerium dürfte dem Zentrum zufallen. Von Zentrumskandidaten für Ministerämter werden Abgeordnete v. Gudbrand und der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns genannt.“

Bemerkenswert ist, daß heute von offizieller volksparteilicher Seite Stellung gegen Anhängerungen genommen wird, nach denen sich eine Annäherung zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei vorbereite. Es wird erklärt, die Deutsche Volkspartei sieht diesen Verhandlungen fern und habe keine Veranlassung, von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen. Dagegen wäre zu berücksichtigen, ob nicht die an der Großen Koalition beteiligten bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie eine taktische Verbindung eingehen sollen, um zahlmäßig der sozialdemokratischen Fraktion gewachsen zu sein. Eine solche taktische Verabredung müsse aber nicht nur die Demokraten und die Deutsche Volkspartei, sondern auch das Zentrum umfassen.

Nach der gestrigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses in Köln ist der Weg für die offizielle Befreiung über die Regierungsbildung freigelegt, die morgen mit dem Empfang der Parteiführer durch den Reichspräsidenten ihren Anfang nehmen. Das Problem zusammenge stellt wurde. Mit Hilfe dieser ersten Arbeit der Kommission soll eine rechtsgleiche Darstellung des Weltpresserechts herausgegeben werden unter dem Titel „Die Pressegesetze des Erdalls“. Endgültig der Arbeit ist, die gesetzliche Gestaltung des Presse- und Journalisterechts mehr als bisher der Stellung und der Bedeutung der Presse im öffentlichen Leben aller Staaten anzupassen. Darüber hinaus soll das Werk der Annäherung der Völker dienen und den Boden für innere Annäherung im Dienste internationaler geistiger Zusammenarbeit und Verbündung vorbereiten.

## Peking.

Historische Reminiscenzen.

Von Dr. Guido Hellmer.

Tschangtschin, der eiserne Marschall, „der Große“, wie er vereilt von seinem Getreuen und seiner Gefolgenschaft, der vielbenannten Nordarmee, genannt wurde, ist vorgestagt. Sein Werk, das er im vergangenen Jahrzehnt mit der Eroberung Pekings brachte, war bereits zusammengebrochen — dahin die Träume von lebenslänglichem Herrschertum innerhalb der Mauern der alten Kaiserstadt; das bewußtlose Eingreifen Japans in China, dem er mit dem Aufruf zu einem allgemeinen Nationalstreit zu begegnen gedachte, ließ ihm den Rest geben —; es blieb keine andere Möglichkeit mehr, als „friedliche Verständigung“ mit seinen Gegnern im Lande, mit der Kiangsi-Regierung und der mächtiger und mächtiger vorstoßenden Süd- und Volksarmee zu suchen; der Erfolg dieser Verständigung war für ihn die Aufgabe Pekings — auch mit den Waffen in der Hand hätte er die Stadt nicht mehr behaupten können. Tschangtschin hatte Peking bereits verlassen, er befand sich auf der Flucht nach Norden, als das Bombenattentat auf ihn verübt wurde. Inzwischen hat bereits die Befreiung Pekings durch die legendären Heere des Südens begonnen. Zunächst sind die Truppen der Provinz Schantung in die Vorstädte einzogen. Die Kiangsi-Regierung hat dem Gouverneur Jen Tschiian von Schantung den Oberbefehl über die künftige Pekinger und auch Tientsiner Garnison übertragen. General Jen hat bereits neue Verfügungen in den Vorstädten Pekings angeschlagen lassen. In der Stadt selbst sorgt der noch von Tschangtschin eingesetzte Volksratsausschuß für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Er ließ die Tore schließen, da sich noch zahlreiche Plünderer in der Umgebung herumtreiben. Von den Truppen des toten Marschalls, von den Heercharakter aus der Mandchukur, ist jedoch schon in und um Peking nicht mehr zu sehen. Nun suchen tatsächlich Teile der Nordarmee bereits Anschlag an den Sieger — die übliche Erscheinung eines jeden Bürgerkrieges —; der Erfolg hat recht, denn Erfolg laufen die Soldaten nach ...

So mit ist endlich wieder Peking de facto die Hauptstadt des chinesischen Reiches; ein bedeutungsvolles geschichtliches Ereignis in der ereignisreichen Historie dieser alten, seitdem langverschlossenen Stadt!

Schon um das Jahr 1120 v. Chr. soll auf der Stelle des jetzigen Pekings eine große Stadt gebunden haben, Al mit Namen, die von 723 bis 221 v. Chr. die Hauptstadt des Küstentums Jen war. Sie wurde in der Folgezeit, nach der Auseinandersetzung der Lehnsstaaten, der Hauptort einer Provinz, um im sechsten nachchristlichen Jahrhundert wieder zum Rang einer königlichen Hauptstadt und nach dem kleinen tartarischen Königreichs Wu-jong, anzusteigen. Bis zum Jahre 900 war sie die Residenz eines militärischen Generalgouverneurs.

Dann beginnen die Verwicklungen und die kriegerischen Ereignisse sich um Peking zusammenzubringen. Schon im Jahre 937 hatten sich die Khitan-Tungusen unabhängig von der chinesischen Herrschaft und das nachmalige Peking zu ihrer ständlichen Hauptstadt gemacht. Die Chinesen wurden in der Folgezeit gezwungen, ihnen Tribut zu zahlen. 1123 wurde ihr Reich mit Hilfe der Shatshu-Tungusen geflüchtet, aber nun begründeten diese eine eigene Dynastie und begannen über den Hoang-ho vorzudringen. Im Jahre 1153 eroberte diese Kin-Dynastie Peking und machte sie zur Mittelpunkt, später nördlichen Hauptstadt ihres Reiches. Jetzt suchte der Chinesenfürst Hilfe bei den Mongolen, die damals unter Tschingis-Chan sich zu Herren der halben bekannten Welt machten. Tschingis-Chan nahm das Bündnis an und besiegt die Shatshu. Aber damit macht er nicht halt. Sofort lehnte er die Waffen gegen China selbst; im Jahre 1267 verlor er Peking zu erobern. Man spricht von schaurigen Feindseligkeiten, die damals stattgefunden haben sollen. Die eigentliche Residenz der Mongolenkaiser wurde Khotan. Der Enkel Tschingis-Chans, der berühmte Kublai-Chan, unterwarf sich ganz China; er verlegte im Jahre 1267 die Residenz nach dem heutigen Peking, das damals den Namen Ta-tu — große Hauptstadt — empfing. Er ist der Gründer der Yuan-Dynastie, mit der eine vorübergehende Blütezeit über China heraufzog. Kublai

fördernde den Bau von Straßen und Kanälen; sein prächtiger Haushalt in Peking, von dem wir glänzende Beschreibungen des Venezianers Marco Polo — er war zweifelhaft kein Seefahrer — berichten, zog Gesichter aus allen Landen herbei. Auf seinen ihm gleichgearteten Enkel Timur folgte Tschagatai-Timur, der letzte Sohn dieser glorreichen Dynastie. Er wurde im Jahre 1368 durch den Chinesen Zhu Yuan-chang, den Begründer der Ming-Dynastie, besiegt und verjagt. Anfangs regierten die Ming-Herrscher noch im Mauleing (Hauptstadt des Nordens). Erst im Jahre 1409 verlegte der Kaiser Chung-Lo seine Residenz nach Peking (Hauptstadt des Nordens), das seit dieser Zeit unter dem neuen Namen bekannt und die Hauptstadt des Reiches der Mitte geblieben ist — trotz aller vorübergehenden Wechselseiten, an denen die Geschichte Chinas überreich ist.

Die folgenden Jahrhunderte vermochten dem Glanz Pekings nichts anzuhören. Vom Schloss gesplungen wurde es erst wieder während der großen Taipingrevolution, die von 1852 bis 1865 fast ganz China verwüstete und auch die Hauptstadt in Mitleidenschaft zog. In die gleiche Zeit spanne, von 1856 bis 1861, fällt auch der Krieg Chinas gegen England und Frankreich. Vom 8. September 1860 ab rückten 6000 Mann englischer und 5000 Mann französischer Truppen gegen Peking vor. Die Chinesen trugen Friedensunterhandlungen an, die in Tung-tschou, 8 Kilometer von Peking, auch wirklich begannen. Aber am 18. September wurde das Hauptkorp der Engländer und Franzosen verrätherisch angegriffen. Sie erschossen zwar einen vollständigen Sieg, aber von den an den Verhandlungen beteiligten Offizieren und Beamten fielen 39 in die Hände der Chinesen und wurden nach Peking geschafft. Die Folge war tödlicher Verrat gegen die Hauptstadt. Am 7. Oktober fielen die prachtvollen Kaiserlichen Sommerpaläste, Ostasiens größtes Kunstwerk, mit Stolzbarkeiten aller Art den Verbündeten in die Hände und wurden von den Franzosen drei Tage lang barbarisch geplündert. Gestört wurden u. a. der große Glosentempel Tschang-ssu, Tschang-ssan, der Edelsteinquellenhof mit einer goldenen Pagode, Ju-en-ming-jen, der runde und glänzende Garten, der Jagdpark und vieles andere mehr. Am 9. Oktober stand dann das Heer vor Peking selbst; am 13. wurde ihm ein Stadttor geöffnet, und der Einzug begann — : wieder einmal war Peking in Verlauf seiner langen Geschichte erobert worden!

Vierzig Jahre vergingen. Da begann im Juni 1900 der Boxeraufstand, eisolierte die Belagerung des Geschäftsviertels in Peking und die Ermordung des deutschen Gesandten v. Ketteler. Die Folge war die bekannte internationale Aktion, die mit der Besetzung Pekings durch die vereinigten Truppen unter dem russischen General Lwowitsch, mit Straßenkämpfen und der Entfernung des Geschäftsviertels endete — also abermals Kampf und Krieg und Vorräther innerhalb der Mauern der alten Kaiserstadt.

Mit dem Jahre 1911 beginnt dann die chinesische Revolution und das Chaos, das heute noch nicht restlos bereinigt ist. Peking fiel in die Hände der verschiedenen Machthaber und Parteiführer. Zuletzt war Tschang-tschu sein Herr — bis jetzt mit der Besetzung durch die Südarme eine neue Epoche in der wechselvollen Geschichte der „Hauptstadt des Nordens“ ihren Anfang genommen hat.

### Richard Strauss' „Die Ägyptische Helena“.

Uraufführung der Staatsoper am 6. Juni.

Eine Festvorstellung im vollen Sinne des Wortes. Es sind die Tage der 100-Jahrfeier der Technischen Hochschule und der 50-Jahrfeier des Semperbaues, und eine neue Strauß-Uraufführung an dem Institut, das recht eigentlich die Wiege des Nachwuchses dieses Meisters wurde, ist alleine ein Ereignis von zeitgeschichtlicher Bedeutung! — Also, ein großer, ein denktwürdiger Abend war es, den man erlebt! Und man kann sagen, das Werk wirkt auch wie eine „Oper“. Man hätte sich versucht fühlen können in die Seiten eines Hauses angehört des typischen Barock-Charakters dieses Werkes. Das waren die Seiten, in denen die Götter des alten Griechenlandes wie des alten Rom wieder auf Erden lebendig geworden zu sein schienen. Diese Ägyptische Helena“ hätte schließlich (zeitlich) im Rahmen von Vermählungsfeierlichkeiten jener Zeit paradiert können. Ist sie doch sogar so etwas wie ein lied auf die Freude. Der Treue freilich mit, oder besser nach Hindernissen.

Hofmannsthäl, dem es seit der „Ariadne“ und dem „Rosenkavalier“ die Welt des Barock angefangen hat — bei einem Wiener Poeten nicht verwunderlich! —, griff diesmal auf die Helenasage zurück und benötigte sie in der Umdichtung des in Sizilien geborenen griechischen Dichters Eustachos (600—700 v. Chr.). Nach deren Aussage hatte Paris nicht die wirkliche Helena nach Troja entführt, sondern Hera ihm ein Trugbild untergeschoben, um sich daselbst zu rächen, daß nicht sie von Paris, sondern Aphrodite bei der bekannten Damenvorwahl den Apfel erhielt. Um dieses Trugbild sei der Trojanische Krieg entbrannt. Helena selbst wurde nach Ägypten verschleppt und erwartete dort die Heimkehr Menelaus. — Auf dieser Umdichtung der alten Sage also fuhr Hofmannsthäl

und stellte in den Mittelpunkt seiner Neufassung eine ägyptische Königin und Zauberin Nithea quasi als Leiterin des Spiels. In ihrer Eigenschaft als Zauberin besitzt diese natürlich auch Zauberkräfte, und mittels des einen enträtselt sie Helena mit ihrem eisernen Gürtel, sie mit dem Tode bedrohenden Gatten nach Ägypten. Bei Helena aber hat der Vergleichsbeutonklärer gewirkt als bei Menelaus. Und als dieser sieht, wie seines Weibes Schönheit sich von neuem begeistert bewährt, erwacht seine Eifersucht mit neuer Gewalt. Nithea will mit einem neuen Vergleichsbeuton klären, aber Helena erwählt den Trank des Erinnerns, und die Erinnerung an ihre erste Liebe führt zum gegenseitigen Vergeben. Nun erscheint auch noch das Pfand dieser Liebe, ihre Tochter Hermione, und in den Armen liegen sich die beiden Gatten.

Es ist nun selbstverständlich, daß bei Bühnenvorstellungen, die in seiner Weise psychologisch motiviert sind, der Zuschauer innerlich unbestreitbar bleibt. Die Gefallen dieser Oper sind Echemen, wie es die alte Opera seria waren. Aber der, um den Strauß-Biographen Specht zu zitieren, „den Bildungslementen zugewandte Ästhet“ hoffmannsthäl wollte das Diensttheatralen auch Strauß nur den Weg freimachen für die Verstärkung seiner besonderen auf das Sinnliche Element eingestellten Kunstsabegabe, also auf Klänge und Klangerlebnisse, auf die Orchestration, formalestheoretische Echtheit, auf den Schwung der melodischen Linie und jene Euphorie, die ihn zum musikalischen Repräsentanten der Riesige-Zeit hätte werden lassen. Und das hat er erreicht. Dieser Musit ist echter Strauß! Nicht, daß der Meister die Höhen wieder erklommen zu denen er sich in seinen eigentlichen Meisterwerken, im großen Wurf in den „Salome“ und „Elektra“, im intensiveren, dem Apollo zugehörigen Rahmen im „Rosenkavalier“ und der „Ariadne“ erklimmt. Aber seine Handchrift zeigt noch alle die markanten Höhe, die ihr eignen sind. Und nur eins läßt sich nicht übersehen, nämlich, daß auch er in das Stadium des Sich-Erinnerns an seine eigenen Schöpfungen zu treten begonnen hat. — Also neue

Perspektiven eröffnete dieses Werk nicht. Aber den großen Künsten und seine gestaltende Hand, die vor allem vom Tegelbauer, bei es im dramatischen Ausdruck oder in der realistischen Umierung des Bühnengeschehens gefordert wird, fehlt man allemal haben. Auch gibt es noch wichtige Höhepunkte in dieser neuen Straußoper, vornehmlich im ersten Akt, in denen ihres Schöpfers ganze Weitläufigkeit in passenden Orchester-Erfordernissen sich ebenso zeigt wie in jenen scharfen Sätzen mit denen er in ihrer Art ebenso intensive Wirkungen erzielt, wie mit dem Ausdrucksgeschick Sprüche oder traumhafter Stimmungen. Kurz, wer Ohren hat, zu hören, kommt schon auf seine Kosten. Und man kann nur wünschen, daß ihrer recht viele sein möchten. Die anderen mögen sich der Oper als eines Schauspiels erfreuen; denn daß ist sie! Man hatte zunächst keine Kosten gescheut, um das aufzumachen. Hier waren mit vereinten Kräften erfolgreich am Werk unter Leitung Marie Gutheil-Schoder die Herren Otto Erhardt (Inszenierung), Leonhard Fanto (Kostüme) und Max Hasalt (Büttigung). Es gab dramatische und bewegendste Bilder, je nach Maßgabe der Handlung.

Für die musikalische Leitung hatte sich Friedrich Busch mit eisernem wieder gerundeten Knochen und vollster Hingabe eingesetzt; doch möchte man auch die zielbewußte Vorarbeit Kurt Striegler nicht vergessen wissen. Und zuletzt, soll der Soldaten gedacht werden. Da erkannte man sich in der Titelrolle besonders der Stimme des Rehberg und der Brach ihrer Kostüm. Den dramatischen Akzenten der Partitur war freilich das wesentlich lyrische Organ nicht allenthalben gewachsen. Als Sirene sah man in Maria Magdalena eine Berliner Sängerin, die, in der schlanken Figur einer erotischen Tänzerin gleichend, ausgezeichnet für die Rolle vortrat und mit ihrer holden, auf Koloratur trainierten Stimme vorzüglich für die Gesangspartie. Kurt Taucher tratte die Rolle des Menelaus in gesanglich und darstellerisch temperamentvoller Wiedergabe geschickt mit einigen italienischen Sätzen auf. Friedrich Blascke

gab dem Alioit, in welcher Rolle er mit Burg altertum wußt, der ihn schon in der Generalprobe gab, Physiognomie und Leben. Eugenio Fazzini wurde in der Rolle und Partie des Da-ub so leicht sie ist, doch etwas zu unbedeutend. Alle jüngeren Mitwirkenden, sichtbare und unsichtbare — genannt sei Helene Jung, die singende Blümel, und die kleine Dienarin Käthchen Ema Berger —, möchte man mit einem jugendlichen Lob bedenken. Bei der Inszenierung der Chöre hatte sich R. W. Pohlmann, um die der vor kommenden Tänze allen v. Glebe-Pey verdient gemacht. — Mit den Prominenten und Busch wurde Richard Strauss lebhaft gefeiert. —

### Klimaänderungen.

Seit einigen Jahren zeigen so Sommer wie Winter deutlich bestimmende, vom Hergebrachten abweichende Gelehrte, daß man sich ernstlich mit der Frage beschäftigt, ob nicht überhaupt eine einschneidende Änderung des Klimas unserer Sonne einzutreten beginnt. Nun: jammern wir nicht zu sehr? Die Geschichte zeigt einige Zeugnisse über Klimaänderungen an, welche so gewiß sind, daß alle in historischer Zeit aufgefundenen Schwankungen des Klimas ihnen gegenüber vollständig verschwinden. Die Erdgeschichte lehrt uns, daß unsere Zonen in vergangenen Epochen sowohl ein viel wärmeres, als auch ein viel älteres Klima gehabt haben. In hohen Regionen von Grönland, von Spitzbergen und Alaska war in der Tertiärzeit eine Vegetation heimisch, wie wir sie heute in Norditalien finden. Aus den fossilen Resten der damaligen Flora darf man schließen, daß die mittlere Julitemperatur im nördlichen Grönland damals 17 bis 18 Grad Celsius war, während sie jetzt bloß 2 bis 3 Grad beträgt.

Zum älteren Zeitalter, in der Zeit der älteren Braunkohle, herrschte in Mitteleuropa ein warmes Klima, denn Palmen, Sequoien, Kakteen, Feigen

## Die polnisch-litauischen Beziehungen vor dem Völkerbundsrat.

Gens, 7. Juni.

Mit erheblicher Verspätung ist der Völkerbundsrat gestern vorzeitig zu seiner dritten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die Verspätung war darauf zurückzuführen, daß der Bericht des holländischen Außenministers Beelaerts über den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen auf Wunsch Polens und anderer Ratsmitglieder gestern vorzeitig in leichter Stunde noch umgearbeitet werden mußte. Nachdem der Rat dem Antrag des polnischen Außenministers Beelaerts, ihm zur Belehrerstattung in der litauischen Ministerbehörde Chamberlain (England) und Adachi (Japan) als Mitberichterstatter beigegeben, stattgegeben hatte, verlas der holländische Außenminister Beelaerts seinen Bericht über den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen auf Wunsch Polens und anderer Ratsmitglieder gestern vorzeitig in leichter Stunde noch umgearbeitet werden mußte. Nachdem der Rat dem Antrag des polnischen Außenministers Beelaerts, ihm zur Belehrerstattung in der litauischen Ministerbehörde Chamberlain (England) und Adachi (Japan) als Mitberichterstatter beigegeben, stattgegeben hatte, verlas der holländische Außenminister Beelaerts seinen Bericht über den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen auf Wunsch Polens und anderer Ratsmitglieder gestern vorzeitig in leichter Stunde noch umgearbeitet werden mußte.

Der Bericht besagt im wesentlichen, daß trotz der erstenlichen Aufnahme direkter Verhandlungen leider festgestellt werden mußte, daß diese Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben, und schließt mit folgendem Satz: „In der Erkenntnis der praktischen Schwierigkeiten, die bei der Durchführung der Vereinbarung über die Zustellung der polnisch-litauischen Beziehungen auf Wunsch Polens und anderer Ratsmitglieder gestern vorzeitig in leichter Stunde noch umgearbeitet werden mußte. Nachdem der Rat dem Antrag des polnischen Außenministers Beelaerts, ihm zur Belehrerstattung in der litauischen Ministerbehörde Chamberlain (England) und Adachi (Japan) als Mitberichterstatter beigegeben, stattgegeben hatte, verlas der holländische Außenminister Beelaerts seinen Bericht über den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen auf Wunsch Polens und anderer Ratsmitglieder gestern vorzeitig in leichter Stunde noch umgearbeitet werden mußte.“

Beelaerts erläuterte, daß derartige Banden an der polnisch-litauischen Grenze nicht bestehen. Eine ähnliche Meldung der litauischen Telegraphenagentur während der Königsberger Verhandlungen habe vor ihm als Phantasse nachgewiesen werden können. Zur Entgegnung zeigte Woldemaras Photographen vor mit dem Bemerk, daß Phantassien nicht photographiert werden könnten.

Hierauf nahm Chamberlain das Wort.

Er bedauerte die Verzögerung in der Unterzeichnung des Protolls der Königsberger Verhandlungen durch die litauische Delegation. Zu den Angaben über das Verhalten von Banden an der litauisch-polnischen Grenze könne der Rat heute nicht Stellung nehmen. Wenn man sie als wahr hinnahme, so wäre das nur ein doppelt wichtiger Grund, die direkten Verhandlungen zu beschleunigen. Es sei tief enttäuscht, daß trotz des

polnisch-litauischen Grenze nicht bestehen. Eine ähnliche Meldung der litauischen Telegraphenagentur während der Königsberger Verhandlungen habe vor ihm als Phantasse nachgewiesen werden können. Zur Entgegnung zeigte Woldemaras Photographen vor mit dem Bemerk, daß Phantassien nicht photographiert werden könnten.

Hierauf nahm Chamberlain das Wort. Er bedauerte die Verzögerung in der Unterzeichnung des Protolls der Königsberger Verhandlungen durch die litauische Delegation. Zu den Angaben über das Verhalten von Banden an der litauisch-polnischen Grenze könne der Rat heute nicht Stellung nehmen. Wenn man sie als wahr hinnahme, so wäre das nur ein doppelt wichtiger Grund, die direkten Verhandlungen zu beschleunigen. Es sei tief enttäuscht, daß trotz des

polnisch-litauischen Grenze nicht bestehen. Eine ähnliche Meldung der litauischen Telegraphenagentur während der Königsberger Verhandlungen habe vor ihm als Phantasse nachgewiesen werden können. Zur Entgegnung zeigte Woldemaras Photographen vor mit dem Bemerk, daß Phantassien nicht photographiert werden könnten.

Nach Ablehnung zweier Entschließungsanträge des polnischen Außenministers und des litauischen Ministerpräsidenten, die nicht die nötige Einmündigkeit erzielten, wurde mit der litauischen Stimme ein Antrag des englischen Außenministers zum geschäftlichen Einstimmig angenommen, wonach die Sitzung der polnisch-litauischen Beziehungen auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung gesetzt wird und der litauische Außenminister Beelaerts beauftragt wird, über den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen in den kommenden September dem Rat einen Bericht vorzulegen.

**Richtöffentliche Sitzung des Völkerbundsrates.**

Gens, 7. Juni.

Die geheime Sitzung des Völkerbundsrates über die Verträge des Dreierkomitees zum Zwischenfall von Szent Gotthard und zur Frage der Erweiterung der Befreiungsfälle des Ratspräsidenten dauerte drei Stunden. Die Aussprache, in der stark differierende Auffassungen zur Gelung gebracht wurden, führte noch zu keinem bestimmten Ergebnis und wird heute in der Mittagsstunde in einer zweiten Sitzung fortgesetzt. In ihr soll das Ergebnis der Diskussion über den Zwischenfall von Szent Gotthard in Form einer Schlussfolgerung vereinbart werden, die dem entsprechenden Bericht des Dreierkomitees angehängt wird, während in der Frage der Erweiterung der Befreiungsfälle des Ratspräsidenten im Anschluß an den zweiten Bericht des Dreierkomitees eine Entschließung formuliert werden soll. Sollten beide Punkte bereits heute mittag in der geheimen Sitzung vereinigt werden können, so wird im Laufe des Nachmittags der Rat zu einer öffentlichen Sitzung über diese Fragen zusammentreten.

Paul Voncouw unterstellt die Aufführungen Chamberlains grundsätzlich und fragte den Berichterstatter, ob er es nicht für zweckmäßig halte, für die Feststellung des Ergebnisses der weiteren Verhandlungen einen Termin zu bestimmen, nach dessen Ablauf der Rat sich eventuell über weitere Maßnahmen schließen möge.

Auch das deutsche Ratsmitglied, Staatssekretär v. Schubert, stellte mit Bedauern fest,

dass die Verhandlungen bisher zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt haben. Tatsächlich seien jedoch die Schwierigkeiten sehr groß, und zwar gerade unter neuen Staaten, die ihre Beziehungen regeln wollen. Andernfalls sollte es kleinen Ländern aus monatelanger Hemmung immer schwerer, derartige Schwierigkeiten zu überwinden. Persönlich

### Benesch über die letzten politischen Ereignisse.

Prag, 7. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses erläuterte Minister des Äußeren Dr. Benesch einen Bericht über die letzten politischen Ereignisse. Zur Abfrage folgte der Minister, die Haupt Schwierigkeit liegt in den Rechnungsberechnungen zwischen den Großmächten, die besonders bezüglich der Marinestärke unterschiedlich sind. Und wenn von diesen Abweichungen von Pekingen nicht noch zu einem bestimmten Ergebnis und wird heute in der Mittagsstunde in einer zweiten Sitzung fortgesetzt. In ihr soll das Ergebnis der Diskussion über den Zwischenfall von Szent Gotthard in Form einer Schlussfolgerung vereinbart werden, die dem entsprechenden Bericht des Dreierkomitees angehängt wird, während in der Frage der Erweiterung der Befreiungsfälle des Ratspräsidenten im Anschluß an den zweiten Bericht des Dreierkomitees eine Entschließung formuliert werden soll. Sollten beide Punkte bereits heute mittag in der geheimen Sitzung vereinigt werden können, so wird im Laufe des Nachmittags der Rat zu einer öffentlichen Sitzung über diese Fragen zusammentreten.

Der Minister äußerte weiter seine Zuständigkeit über seine Reisen und fuhr fort, die Versprechungen in Berlin seien im austauschenden und freundlichsten Geiste — im Locarnozeit — geführt worden. Er habe in Berlin betont, daß die tschechoslowakische Politik in Mitteleuropa auf dem politischen Status quo und auf der



# Aus Sachsen.

## Vom Landtag.

Der Landtag nahm heute die Verhandlungen nach der durch die Reichskanzlerwahlen eingetretene Saat wieder auf und erhielt zunächst das Anhören des inzwischen verstorbenen nationalsozialistischen Abgeordneten Sanitätsrat Dr. Große durch Gehebe von den Blättern. An Stelle von Dr. Große ist der Förster Häßel aus Raudorf bei Freiberg in den Landtag eingetreten und wurde vom Präsidenten alsgetrieben. Der kommunistische Abgeordnete Hammiger steht in einem Schreiben mit, daß er aus seiner Partei ausgetreten sei und dem Landtag als Parteiloser weiter angehören werde. Im übrigen wurden in der heutigen Sitzung außer einigen Fragen Statistiken erörtert.

## Aus den Landtagsausschüssen.

Im Rechtsausschuß wurde am Mittwoch die Vorlage über die Auflösung der Familienanwartschaften im wesentlichen nach den Rechtsfragen der ersten Lesung in zweiter Lesung angenommen. — Ein sozialistischer Antrag, nach dem den Gemeinden für die Bewertung der Auswertungsfaktoren eine besondere Entschädigung gewährt werden soll, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt, da diese meinten, es nicht verantworten zu können, den Ertrag der Auswertungsfaktoren seinem eigentlichen Zweck entziehen zu sollen. Die Beratung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung wurde zurückgestellt.

**Handelsaufsicht.** Bei der Beratung des Vorlaufs 46, den Revisionen und Beleidigungen des Handelsbrandversicherungsanstalt auf die Zeit vom 1. Okt. 1927 bis 31. Dez. 1928 ber., stellte Abg. Lippe (D. Vp.) den Antrag, die Anmerkung: vorbehaltlich die Auseinandersetzung weiterer Beamten bei Aufnahme neuer Versicherungszweige oder infolge der zu erwartenden Reichsregierung — zu streichen. Der Antrag befriedigte den umfangreichen Ausdehnungsbemühen der Handelsbrandversicherung von vorneherein zu begrenzen und den Staat vor neuen Verlusten bei Bedeutung auf privatwirtschaftlichen Gebieten zu bewahren. Der Antrag wurde mit den Summen der Linien abgelehnt. Im übrigen fand die Vorlage Zustimmung. — Abg. Kap. 1 — Horsten — gab dem Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abg. Lippe, Anlaß, darauf hinzuweisen, daß der jährliche Ertrag der sächsischen Posten recht bedeutend ist. Privatwirtschaftlich betrachtet, sei die Postwirtschaft deutlich ertraglos. Zum Kapitel wurde eine große Mehrheit von Antrag gestellt, die zumeist gegen die Bürgerlichen Stimmen angenommen wurden. Abg. Lippe wurde das Kapitel auf Antrag des Reichsgerichtsräters, Abg. Greßmann (Dnat. Vp.), genehmigt. Weiter wurde Kap. 2 — Domänenverwaltung — verabschiedet, dessen Berichterstattung bei Herrn Dr. Kostner (Dem.) lag. Die Sächsische Staatsbank war Gegenstand der weiteren Verhandlungen, die zu besondern Beratungen Anlaß nicht gaben. — Bei Kap. 5 § 1 — Post- und Poststeinwerte — konnte festgestellt werden, daß sich die Investitionen der letzten Jahre anscheinend zu lohnen beginnen. Wenn auch die einzelnen Betriebe naturgemäß in ihren wirtschaftlichen Ergebnissen nicht gleichmäßig liegen, so doch das Gesamtergebnis für 1927 in seiner Gesamtlentenz erfreulich. Der Ausschuss beschloß, weitere 800.000 M. für die Post und Poststeine (400.000 M. Betriebskapital und 400.000 M. für Investitionen) in den außerordentlichen Haushalt einzustellen. Die Bürgerlichen enthielten sich der Stimme, da die Regierung erklärt, dem Landtag werde in Kürze eine entsprechende Vorlage mit eingehender Begründung zugeben.

**Schwere Anschuldigungen gegen die Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen** hatten am 10. Dezember 1925 zu einer Hauptverhandlung vor dem Gemeinamen Schöffengericht Dresden geführt, wo sich damals wegen öffentlicher Belästigung im Sinne der §§ 186, 196, 200 des StrafG. und § 20 des Reichspresgegesches der

Schriftleiter Bruno Alfred Penzel aus Chemnitz, der Schriftsteller Herbert Eulenberger aus Dresden, der Schriftleiter Friedrich Wilhelm Ernst Gehrig aus Berlin und zwei Dresdner Kaufleute zu verantworten hatten. Die Verhandlung endete schließlich damit, daß im Sinne der Anklage das Gericht Penzel zu 6 Wochen und Eulenberger zu 4 Monaten Gefängnis, Gehrig zu 600 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilte. Es handelte sich dabei um einen Artikel, der unter der Überschrift „Unglaubliche Schreibungen bei der Staats- Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen. Ein Vormat-Sandal in Sachsen“ am 3. Juli 1925 in der Wochenzeitung „Dresdner Echo“ und der Chemnitzer Wochenzeitung „Die Post“, sowie am 12. August 1925 in der Berliner Hochzeitsschrift „Der Juwelier“ erschienen war. Der Inhalt richtete sich in unglaublichen Vorwürfen gegen die Direktion, die Dresdner Strobel und Herder und den Stadtrat Arras. Grund zu diesem Artikel bildete eine erhebliche Differenz eines der damals mitangestellten Kaufleute mit der Kraftverkehrsgesellschaft, der als Postbeamter bei der Gesellschaft tätig gewesen war. Dieser hatte wegen seiner angeblichen Beteiligung an der Schreibmaschine des weiter mitangestellten Kaufmanns eine Eingabe an den Landtag verfaßt, was im Bureau des Kaufmanns geblieben, wo zufälligerweise auch Eulenberger anwesend war. Letzterer hatte nun aus dieser Eingabe den Artikel verfaßt und veröffentlicht. In der Hauptverhandlung versuchten die Angeklagten den Wahrscheinlichkeit zu erläutern, der überall möglich ist. Gehrig hatte den Artikel aus dem „Dresdner Echo“ nachgedruckt. Die Verhandlung ergab schließlich die von ihnen erwünschte Verurteilung. Beide die beiden Kaufleute wurde das Verfahren eingestellt.

Am Mittwoch, also nach fast 2½ Jahren, hörte sich nun die 4. Strafkammer des Landgerichts Dresden als Beurteilungskammer nochmals mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Es lagen Berufungen der verurteilten Angeklagten, der drei Nebenkäfiger und der Staatsanwaltschaft vor. Noch vor Eintreten in die Verhandlung machte der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Schuster, den Vorwurf, diese jahrelang zurückliegende Angelegenheit durch verschiedene Erklärungen zu verdecken. Nach langen Bemühungen kam die Sache schließlich auf folgende Weise zu dem erzielten Ende:

Sämtliche Angeklagten erklärten, daß sie sich davon überzeugt haben, daß die in dem unter Anklage stehenden Artikel über die Direktoren der Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen A.-G. aufgestellten Behauptungen unwahr seien. Sie bedauern deshalb die Veröffentlichung.

Die Nebenkäfiger Arras und Strobel, sowie Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer und der Vorsitzende der Nebenkäfiger des Nebenkäfiger Herder erklärten heraus: nach dem nunmehr von den Angeklagten abgegebenen Erklärungen haben wir keine besondere Veranlassung mehr zur Durchführung des Strafverfahrens und ferner eine Regelmäßigkeit der Beurteilungen nicht entgegen. Direktor Strobel erklärte hierauf noch: Die von mir unter dem 7. Juli 1925 gegen den angeklagten Kaufmann St. beim Amtsgericht Dresden erhobene Privatklage zieht ich nebst Strafantrag zurück.

Die Angeklagten Penzel, Gehrig und Eulenberger zogen hierauf im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft ihre Berufungen zurück, ebenfalls so nunmehr die Staatsanwaltschaft ihres Berufung gegen die 5 Angeklagten in deren Einverständnis zurück.

## Sächsischer Behördenangestelltenstog.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Sachsengruppe der Angestellten bei Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten, veranlaßte am 2. und 3. Juni in Meißen seine 2. Gasttagung. Der Besuch der Tagung, an der Abgeordnete aus allen Teilen Sachsen teilnahmen, war sehr gut. In einer öffentlichen Sitzung im Stadtkontortheater zu Meißen, an der auch Vertreter von Betrieben teilnahmen, sprach der Reichsabgeordnete Herr Rudolf Mahmann-Berlin über das Thema: „Der Behördenangestellte als Staatsbeamter und Arbeit-

nehmer.“ Der Redner beschäftigte sich insbesondere mit den arbeitsrechtlichen Verhältnissen der Verwaltungangestellten. Der Redner betonte u. a., daß die dauernde Weiterverwendung von Angestellten bei Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten durchaus den Bedürfnissen einer wirtschaftlichen Verwaltungsmethode Rechnung trägt. In besonderen Fällen wurde Stellung genommen zu den Fragen der Reichs-, Staats-, Kommunal- und Arbeitsschutzgesetzten. Gaußschaffensleiter Schimpf aus Leipzig konnte in seinem Tätigkeitsbericht Nachweis führen, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten bei allen im Gebiete des Freistaates Sachsen Anfang dieses Jahres Pottfestungen beider Verträge und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die weiteste Größe aller Angestelltenstimmen auf seine Vorholzung vereinigen konnte. Dies sei ein Beweis dafür, daß die gewerkschaftliche und sozialpolitische Arbeit des GDA für die Angestellten bei den Behörden größte Anerkennung findet und der GDA das größte Vertrauen der Behördenangestellten hat genießt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, an der Spitze Herr Otto Wehrach-Leipzig.

## Verband der Jugendherbergen.

In der Hauptversammlung des Gau Sachsen vom Verband der Jugendherbergen in Köslitz wurde beschlossen, den Rat der Stadt Dresden um die Errichtung einer modernen Jugendherberge zu ersuchen, weil die Reichsleitung der Jugendherbergen im Jahre 1929 in Dresden abgehalten werden soll, da in diesem Jahr die Jahreschau „Reisen und Wandern“ veranstaltet wird. Festgestellt wurde, daß im Abgangen die größte Zahl der Übernachtungen zu verzeichnen ist, daß aber die sächsische Jugendburg Höckstein unter allen Jugendherbergen mit 51.000 Übernachtungen im Jahre die höchste Beuchzahl hat. Aus einer Sicht wird gegenwärtig die erste sächsische Schwimmende Jugendherberge gehofft, die im Spätsommer in Betrieb genommen werden soll. Sie wird den Strom zwischen Leipziger und Hamburg befahren. In einem Beitrag wurde die Notwendigkeit betont, die Jugendwanderungen der in industriellen Betrieben beschäftigten Jugendlichen besonders zu fördern. Im Rahmen der Tagung erfolgte die Weihe der Jugendherberge Zöblitz. Wimberialrat Dr. Matei wurde zum ersten Gauvorsitzenden gewählt.

**Der Elektrohof auf der Leipziger Landwirtschaftsausstellung.** Am über 70 Proz. aller in der Landwirtschaft benötigten mechanischen Arbeit vom Elektromotor geleistet werden, dient nur wenigen bekannt sein. Der Krieg und die Knappheit insbesondere an Petroleum, Spiritus u. dgl. hat die Elektrizität gleichsam bis ins letzte Dorf gelangen lassen. Doch kann sie offenbar für die Beleuchtung und für den Antrieb verschiedener Geräte Anwendung finden, da noch in viel zu befristetem Maße ganz überall wird über die Bedeutung des Elektrizität als Wärmequelle.

Um dem Landwirt wie auch dem breitesten Publikum die Leistungen der Elektrizität und die wirtschaftlichen Vorteile, die sie zu erzielen gestatten, eindeutig vor Augen zu führen, hat die Vereinigung der Elektrizitätswerke wie in den letzten beiden Jahren auch in zeitiges dichtliegende Wandausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 5.—10. Juni in Leipzig einen Elektrohof erstellt. Dem Bedürfnis des Landmannes, die technischen Dinge möglichst seiner Umgebung angepaßt zu sehen, wird dabei vollauf Rechnung getragen. In einem wohnlich eingerichteten Häuschen sieht er zunächst die Gegenstände des täglichen Bedarfs vom Wärters bis zum Heiligen in Betrieb und kann anschließend die heute bereits erstaunlich entwickelten elektrischen Kochgeräte bewundern. Weiter folgen die Wirtschaftsräume, vor allem die Waschküche, die Kücheküche und die Wäsche, wo bisher zum Teil ganz ungewöhnliche Möglichkeiten der Arbeitersparnis und des Gewinnes dargestellt werden. Ein geräumiger Hof zeigt die größeren landwirtschaftlichen Maschinen,

die im Rahmen des Tagesprogramms gezeigt werden. Einzelheiten werden später erläutert.

**Langenbach.** Im Rahmen des Talsperrenbaus im Oberharz wurde in der 37 Jahre alte Rohrbaubarbeiter Walter Lippold von einer Rippe ertrunken. Ein anderer Arbeiter hat dabei schwere Verletzungen erlitten.

**Heilbad.** Auf der Brander Straße ist ein älterer, fast erblinderter Einwohner aus Brand-Erbisdorf von einem Radfahrer überfahren worden und den dabei entstunden Verletzungen erlegen.

**Grimbach (Kaulitz).** In einem hiesigen Steinbruch ist der 11 Jahre alte Steinmetzberater Karl Müller bei einer Spannung von einem größeren Steinblock getroffen worden und an den Folgen des Schreckes erstickt.

**Lippach.** Auf der nach Bonn führenden Straße ist der Reichswehrbeamte Wehrmann von einem Motorradfahrer derart angefahren worden, daß er das Genick gebrochen und auf der Stelle den Tod gesundet hat. Der Motorradfahrer ist dabei ebenfalls schwer verletzt worden.

**Penig.** Infolge Versagens der Stromleitung war ein Berliner Poststraßenwagen auf der Leipziger Straße gegen ein Haus geprallt. Dabei ist der Wäschhändler Weber erdrückt worden. Außerdem haben mehrere Personen Verletzungen davongetragen.

**Pirna.** An der Einmündung der Dohnaer Straße ist die 18 Jahre alte Schneiderin Walli Heidl am Döbelnthal von einem Postfuhrwerk überfahren und sofort geblendet worden. Das junge Mädchen muß seinem Blut direkt in das Fahrwerk hineingeschüttet.

Immerhin konnte der starke Aufschlag in den leichten Romanen nicht aufgeholt werden. Die Krise in der Damenbutikindustrie kann im allgemeinen noch nicht als überwunden gelten. Zigarettenindustrie: Die Beschäftigung der Zigarettenindustrie war im großen ganzen unverändert. Die Nachfrage hielt sich in den für das Sommergeschäft üblichen Grenzen. Nur zum Teil veränderte sich auch infolge der beginnenden Reisezeit. Das Abbrödeln der Preise führt sich fort. Das Zugpferzen soll teilweise wirtschaftlich nicht zu verantwortende Formen annehmen. Schokolade- und Butterwarenfabrik: Die Beschäftigung blieb im allgemeinen mangelhaft. Die Butterproduzierer verschärfte sich.

\* **Die Frage der Stabilisierung des Bruttosozialprodukts** will erörtert haben, daß innerhalb des Kabinettis die Opposition Gründe, Dertius und Marais gegen eine baldige Regelung der Währungsfrage im Schweden begrüßt hat. Über das Stabilisierungsverfahren selbst berichtet das Blatt, die Regierung werde mit der Bank von Frankreich ein Abkommen treffen, um einen Zwangskurs auszuschaffen, die Konkurrenz der Banknoten in Gold zu regeln und die Wertung des Ergebnisses der neuen Abschöpfung des Goldbestandes zu bestimmen. Durch dieses Abkommen werde auch die Frage der Vorwahl der Bank von Frankreich an den Staat endgültig liquidiert werden. Sofort nach erfolgter Einigung soll ein sehr kurzer Zeitraum den Wert des Goldfrankens festlegen und mit der Vereinbarung zwischen Staat und Bank von Frankreich in der Kammer eingebracht werden. Die gestern allgemein in der Kammer vertretene Ansicht sei geprägt, daß die Regierung mit dieser Stabilisierungsmöglichkeit nicht bis zu den Parlamentssitzungen warten werde.

\* **Die rumänische Stabilisierungaktion.** Gestern fand in Bukarest ein Ministerrat statt, in dem Ministerpräsident Brătianu über die Unleihverhandlungen Rumäniens Bericht erstattete. Es ist beschlossen worden, das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung für den 1. Juli einzuberufen. Sämtliche Regierungswirke, die im Zusammenhang mit der Stabilisierung stehen, werden dem Parlament vorgelegt werden. In Bukarest eingetroffene meldungen besagen, daß zwischen dem rumänischen Unterhändler in London und der Bank von England eine Verständigung

wie die Dreschmaschine, daß Elektrolo, den Höhenförderer u. dgl., auf der einen Seite neben dem Hof die Stellungen. Im Hintergrund steht ein Panorama dar, wie sich die Stromversorgung in das Landesstabsbild einfügt und in den elektrischen Kupferhof eintritt. In der großen Scheune steht ein grämmiges Auto zum Ausprobieren und zum Verkauf. Ein Wagen führt der Weg durch einen besonderen Teil, in dem namhafte Industriekräfte ihre Erzeugnisse vorführen. Die Beleuchtung, die im ersten Teil des Elektroloes durch die praktische Vorführung alter Geräte erzielt wurde, kann hier ergänzt werden durch die sachliche Beratung der Vertreter der Herstellerfirmen, und dem Kaufmännischen zugleich Genüge gegeben.

Die Lage des Elektroloes an der Werner v. Siemens-Straße im Hauptteil des Ausstellungsgeländes, seine Ausdehnung und seine naturgetreue Aufmachung sichern ihm wiederum den Rang, den er auch auf den lebenswerten Ausstellungen innegehabt hat, wo er unbedingt einen der Hauptanziehungspunkte der D. A. G. Ausstellung bildet. Durch besondere breite Gehwege wird Sorge getragen, daß dem Antritt des Besuchers genügend Platz und so jeder einzelne auf seine Kosten kommt, was im letzten Jahr nicht immer der Fall war, da der ungeheure Andrang bewirkt zu politischer Absperrung im Elektrolo führen mußte.

**Plauen.** Der neu gewählte Stadtbaurat Eugen Wörner ist durch Oberbürgermeister Lehmann in sein Amt eingewiesen worden.

**Wettina.** Die Stadtvertretung hat beschlossen, dem Gasverfügungskreis, dem die Städte Querfurt, Grimma, Mühlau, Glauchau, Leisnig, Lengenbach, Weida und Werda angehören, beizutreten.

**Grimbach.** Die Gemeindefreuden haben den Bürgermeister Schönfelder in Böhlen bei Grünhainichen zum Bürgermeister von Grimbach gewählt.

**Treuen i. S.** In der Nacht zum Mittwoch ist dem Turnverein in Schierigkau gehörte, in dem ein Abgangen die größte Zahl der Übernachtungen zu verzeichnen ist, daß die sächsische Jugendburg Höckstein unter allen Jugendherbergen mit 51.000 Übernachtungen im Jahre die höchste Beuchzahl hat. Aus einer Sicht wird gegenwärtig die erste sächsische Schwimmende Jugendherberge gehofft, die im Spätsommer in Betrieb genommen werden soll. Sie wird den Strom zwischen Leipziger und Hamburg befahren. In einem Beitrag wurde die Notwendigkeit betont, die Jugendwanderungen der in industriellen Betrieben beschäftigten Jugendlichen besonders zu fördern. Im Rahmen der Tagung erfolgte die Weihe der Jugendherberge Zöblitz. Wimberialrat Dr. Matei wurde zum ersten Gauvorsitzenden gewählt.

**Gräfenhainichen.** Hier war ein 8 Jahre altes Mädchen in eine elektrisch betriebene Waschstraße amal geraten. Das Kind hat dabei einen Schädelbruch erlitten, dem es erlegen ist.

**Langenbach.** Im Rahmen des Talsperrenbaus im Oberharz wurde in der 37 Jahre alte Rohrbaubarbeiter Walter Lippold von einer Rippe ertrunken. Ein anderer Arbeiter hat dabei schwere Verletzungen erlitten.

**Heilbad.** Auf der Brander Straße ist ein älterer, fast erblinderter Einwohner aus Brand-Erbisdorf von einem Radfahrer überfahren worden und den dabei entstunden Verletzungen erlegen.

**Grimbach (Kaulitz).** In einem hiesigen Steinbruch ist der 11 Jahre alte Steinmetzberater Karl Müller bei einer Spannung von einem größeren Steinblock getroffen worden und an den Folgen des Schreckes erstickt.

**Lippach.** Auf der nach Bonn führenden Straße ist der Reichswehrbeamte Wehrmann von einem Motorradfahrer derart angefahren worden, daß er das Genick gebrochen und auf der Stelle den Tod gesundet hat. Der Motorradfahrer ist dabei ebenfalls schwer verletzt worden.

**Penig.** Infolge Versagens der Stromleitung war ein Berliner Poststraßenwagen auf der Leipziger Straße gegen ein Haus geprallt. Dabei ist der Wäschhändler Weber erdrückt worden. Außerdem haben mehrere Personen Verletzungen davongetragen.

**Pirna.** An der Einmündung der Dohnaer Straße ist die 18 Jahre alte Schneiderin Walli Heidl am Döbelnthal von einem Postfuhrwerk überfahren und sofort geblendet worden. Das junge Mädchen muß seinem Blut direkt in das Fahrwerk hineingeschüttet.

wegen der rumänischen Staatsrenten im Exil aufzutand gekommen sei, daß aber eine Verständigung mit der deutschen Reichsbank noch nicht möglich gewesen wäre. Man müsse aber annehmen, daß die rumänische Regierung alles tun werde, um zu einer Verständigung auch mit der deutschen Reichsbank zu gelangen, weil die rumänische Finanztruppe eine solche Verständigung für wünschenswert erachtet, um die einmal vorgenommene Stabilisierungaktion vor möglichen Schwankungen zu bewahren.

\* **Der Londoner Goldpreis** beträgt für eine Unze Feingold 84 Schill. 10 1/4 Pence, für ein Gramm Feingold demnach 22.735 Pence. Der niedrigste Preis gilt für den Tag, an dem die Bekanntmachung im Reichsangebot in Berlin erscheint, bis einschließlich des Tages, der einer im Reichsangebot erfolgten Neuveröffentlichung vorangeht.

## Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 7. Juni 1925.

Notierungen in Mark.

<

## Amtlicher Teil.

Auf Grund von § 30 Absatz 2 der Reichsverordnung vom 16. März 1928 wird auf dem Wege Brunn-Bahnhof-Döbeln, Amth. Großenhain, die Fahrgeschwindigkeit für Lastkraftwagen bis zu 5,5 t auf 12 km und für LKW-Gesamtgewicht über 5,5 t Gesamtgewicht auf 8 km in der Stunde erhöht. XIII Herafs. 13 m 26

**Kreishauptmannschaft Dresden,**  
am 2. Juni 1928.

Auf Grund von § 30 Absatz 1 der Reichsverordnung vom 16. März 1928 wird der Verkehr mit Lastkraftwagen über 2,5 t Gesamtgewicht auf dem Kommunikationsweg Brunn-Berndorf abweichen. XIII Str. 38 m 27

**Kreishauptmannschaft Dresden,**  
am 4. Juni 1928.

Der Bezirkssatz zu Niederau (Boggl.) wird vom 16. Juli bis mit 7. August 1928 durch den Bezirkssatz zu Plauen (Festzus. 3688) ersetzt.

Zwickau, am 20. Mai 1928. VII A 17 o 11

**Die Kreishauptmannschaft.**

Folgende Lieferungen von Hart-Maschinen frei Vermessungstellen sollen unter den Bedingungen der Straßenbauverwaltung für die Anlieferung von Steinen zur Unterhaltung der Staatsstraßen freigegeben werden:

1. 150 ehm Klarschlag für die Staatsstraße Lohmen - Bad Schandau von km 5,95 - 6,25 in Pockendorf;

2. 250 ehm Klarschlag und 15 ehm Feinenschlag (Körnung 3 - 4 cm) für die Tafelstraße nach Gunnersdorf km 0,270 bis 3,118 zwischen der Bielatalstraße und Gunnersdorf bei Königstein;

3. 130 ehm Klarschlag und 13 ehm Feinenschlag (Körnung 3 - 4 cm) für die Krippegrundstraße km 2,765 bis 3,135 zwischen Krippen und Gunnersdorf bei Königstein.

Für die Lieferungen kommen nur Hersteller, nicht aber Händler in Frage.

Angebote mit der Aufschrift „Maschinenfabrik“ sind verschlossen und vorstellt bis Freitag,

den 15. Juni 1928 vorw. 11 Uhr an das unter-

richtliche Bauamt einzureichen, zu welcher Zeit sie

in Gegenwart eines erfahrene Bewerber geöffnet werden. Befüllschlagsfrist 10 Tage. Teilvergabe oder Abteilung aller Angebote steht vorbehalten. 1007

**Straßen- und Wasser-Bauamt Pirna.**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters Otto Stein in Auerbach ist zur Annahme der Schlügerechnung des Kreditausschusses bei der Verteilung zu berücksichtigende Forderungen und zur Beschlusshaltung der Gläubiger über die nicht verworbenen Vermögensstücke, sowie über die Erfaltung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermine aus.

Rositz, den 2. Juli 1928, mittags 12 Uhr, vor dem hierigen Amtsgericht bestimmt worden.

**Amtsgericht Aue,** 5. Juni 1928.

Über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Albin Strobel in Ballenstein i. B. Inhaber der die Tongrund- und Klautefabrik betreibenden Firma H. Albin Strobel in Ballenstein i. B., Amtsstraße Nr. 3, wird heute, am 5. Juni 1928, nachmittags 5,40 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Büchereivorstand und Direktor Erwin Müller in Ballenstein i. B. wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 28. Juni 1928 bei dem Gericht angemeldet.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Beibehaltung eines Gläubigerausschusses und einstweilenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Füllung der angekündigten Forderungen auf

den 5. Juli 1928, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat, oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschaftsbüro verfolgen oder lassen, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Forderung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 2. Juli 1928 anzeigen. K 2/28 997

**Amtsgericht Ballenstein i. B.**

Über das Vermögen des Kaufmanns Max Richard Schubert, Inhaber der Firma Richard Schubert in Röthen, Waldheimer Str. 11, wird heute, am 6. Juni 1928, vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Tamme in Röthen wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Juli 1928 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Belehrung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Belehrung eines Gläubigerausschusses und einstweilenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 20. Juni 1928, vormittags 1/20 Uhr

und zur Füllung der angekündigten Forderungen auf

den 7. August 1928, vormittags 1/20 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschaftsbüro verfolgen oder lassen, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Forderung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 20. Juni 1928 anzeigen. K 2/28 998

**Amtsgericht Röthen,** 6. Juni 1928.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhwarenläufers Karl Gottfried Paul Ziegler in Lunzenau, Friedhofstr. 267, alleiniger Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Karl König in Lunzenau, ist an Stelle des Herrn

Rechtsanwalts Dr. Renke in Burgstädt Herr Rechtsanwalt Georg Buch in Penig zum Konkursverwalter bestellt worden. K 2/28 999

**Amtsgericht Penig,** 6. Juni 1928.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Weingroßhändlers Max Egon Niedel, alleiniger Inhaber der Firma Max E. Niedel, früher in Plauen, jetzt in Dresden, ist nach Ablösung des Schlußtermins aufgehoben worden. K 27/24 1000

**Amtsgericht Plauen,** 5. Juni 1928.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fahrgeschäftsinhabers Richard Kurt Otto in Waldenburg Sa., alleiniger Inhaber der Firma Paul Otto in Waldenburg Sa., ist zur Abnahme der Schlügerechnung des Kreditausschusses der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erfüllung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermine

auf den 3. Juli 1928, vormittags 11 Uhr,

vor dem Amtsgericht Waldenburg Sa. bestimmt worden. K 1/27 1001

**Amtsgericht Waldenburg,** 5. Juni 1928.

In Sachen, bez. daß gesetzliche Vergleichsbedingungen frei Vermessungstellen sollen unter den Bedingungen der Straßenbauverwaltung für die Anlieferung von Steinen zur Unterhaltung der Staatsstraßen freigegeben werden:

1. 150 ehm Klarschlag für die Staatsstraße Lohmen - Bad Schandau von km 5,95 - 6,25 in Pockendorf;

2. 250 ehm Klarschlag und 15 ehm Feinenschlag (Körnung 3 - 4 cm) für die Tafelstraße nach Gunnersdorf km 0,270 bis 3,118 zwischen der Bielatalstraße und Gunnersdorf bei Königstein;

3. 130 ehm Klarschlag und 13 ehm Feinenschlag (Körnung 3 - 4 cm) für die Krippegrundstraße km 2,765 bis 3,135 zwischen Krippen und Gunnersdorf bei Königstein.

Für die Lieferungen kommen nur Hersteller, nicht aber Händler in Frage.

Angebote mit der Aufschrift „Maschinenfabrik“ sind verschlossen und vorstellt bis Freitag,

den 15. Juni 1928, vorw. 11 Uhr an das unter-

richtliche Bauamt einzureichen, zu welcher Zeit sie

in Gegenwart eines erfahrene Bewerber geöffnet werden. Befüllschlagsfrist 10 Tage. Teilvergabe oder Abteilung aller Angebote steht vorbehalten. 1007

**Straßen- und Wasser-Bauamt Pirna.**

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 80,6 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 3890 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 4100 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GBV. S. 72). Das Grundstück besteht aus den Flurstücken Nr. 24, 25, 544 und 549 und führt die Grundstücksnummer 72 Abt. A. Im Wohnhaus mit Anbau befinden sich 3 Wohnungen, 1 Keller und 1 Stall. Weiter gehört zum Grundstück ein Holzschuppen.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 120).

Rechte auf Verteidigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. Dezember 1927 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundstück nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Aufschlags die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, wodurchfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenandes tritt. Za 23/27 1004

**Amtsgericht Bischofswerda,**

31. Mai 1928.

Das im Grundbuche für Blasewitz Blatt 803 auf den Namen Wilhelm Karras eingetragene Grundstück soll

am 21. September 1928, vormittags 1/10 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothinger Straße 1, I, Saal 118, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 5,8 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 32750 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 17460 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GBV. S. 72). Das Grundstück liegt in Dresden-Blasewitz, Negerstraße 25, und besteht aus Einfamilienhaus und Garten.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 5).

Rechte auf Verteidigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 24. Februar 1928 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundstück nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Aufschlags die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, wodurchfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenandes tritt. Za 63/28 993

**Amtsgericht Dresden, Abt. III,**

Lothinger Straße 1, 1. Juni 1928.

Die auf den 8. Juni 1928, vormittags 1/11 Uhr anberaumte Zwangsvollstreckung des im Grundbuche für Blasewitz Blatt 17 auf den Namen Guido Schuster geb. Anna verehelichten Grundstückes, in der Versteigerungstermin vom 8. Juni 1928 ausgetragen, ist erledigt. Za 51/28 1005

**Amtsgericht Dresden, Abt. III,**

Lothinger Straße 1, 5. Juni 1928.

Im Grundbuche für Blasewitz Blatt 50 auf den Namen der verstorbenen Frau Ida Laura Maria Knorr geb. Hennemann eingetragene Grundstück soll

am 21. September 1928, vormittags 1/10 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothinger Straße 1, I, Saal 118, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 5,8 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 32750 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 17460 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GBV. S. 72); es besteht aus dem Bauerngut Ottobrunnnummer 53 für Blasewitz, Rückseite Nr. 124 und 125 des Flurbuchs für Blasewitz.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 1).

Rechte auf Verteidigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 24. März 1928 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundstück nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Aufschlags die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, wodurchfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenandes tritt. Za 13/27 1006

**Amtsgericht Lengenfeld i. B.,**

6. Juni 1928.

Das im Grundbuche für Blasewitz Blatt 50 auf den Namen der verstorbenen Frau Ida Laura Maria Knorr geb. Hennemann eingetragene Grund-

stück soll am

Donnerstag, den 9. August 1928, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothinger Straße 1, I, Saal 118, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 11,4 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 30500 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 29570 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GBV. S. 72). Das Grundstück liegt in Dresden-Striesen, Blasewitzstraße 18, und besteht aus einem Wohngebäude, Hofraum und Garten.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 120).

Rechte auf Verteidigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 31. Januar 1928 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundstück nicht erschlichen waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforder

